



---

**7. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit,  
Soziales und Inklusion**

**Gremium:** Ausschuss für Gesundheit, Soziales und  
Inklusion

**Sitzungstermin:** Dienstag, 17.03.2015, 18:00 Uhr

**Ort, Raum:** Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.02.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 2 Informationen der Verwaltung
  
- 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium
  
- 4 Bearbeitungsstand des Seniorenplanes der Landeshauptstadt Potsdam
  
- 5 Vorstellung des zukünftigen Umgangs mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit und Integration in Ausbildung/Beruf/Arbeit für Asylbewerber
  
- 6 Zwischenbericht zur Erstellung des Wohnungspolitischen Konzeptes
  
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 7.1 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum Potsdams  
**15/SVV/0187**
  
- 8 Sonstiges



Herr Wolfgang Puschmann

Seniorenbeirat

entschuldigt

**Gäste:**

Frau Nadine Schollbach  
Herr Fabian Dübner

Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam  
Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung  
Fachbereich Gesundheit und Soziales  
Bereich Grundstücksmanagement  
Schriftführerin

Herr Gregor Jekel  
Herr Peter Rettig  
Frau Martina Spyra

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.01.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium
- 4 Vorstellung der Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Potsdam Frau Dr. Ramona Schröder
- 5 Bericht über die Arbeit des Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam  
Rückblick - Ausblick
- 6 Bericht über die Arbeit der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Potsdam  
Rückblick - Ausblick
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Bedarfsanalyse für studentisches Wohnen  
Vorlage: 15/SVV/0044  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Grundstücksverkäufe für Geschosswohnungsbau an Investoren  
Vorlage: 15/SVV/0080  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 9 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Birgit Morgenroth.

#### zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.01.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Morgenroth stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

#### **Abstimmung zur Niederschrift vom 20.01.2015**

Frau Schulze verweist auf die der Beratung zum Stand der Umsetzung des Lokalen Teilhabepplans in der Sitzung des GSI-Ausschusses am 16.12.2014 und die in diesem Zusammenhang angesprochenen Maßnahmen zu denen keine Aussagen zu den Kosten möglich waren.

Die Auflistung dazu wurde zur heutigen Sitzung als Tischvorlage ausgereicht.

Da Herr Dr. Kwapis signalisiert, dazu noch Fragen zu haben und Frau Trauth-Koschnick nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen konnte, schlägt Frau Morgenroth vor, dies in der nächsten Ausschusssitzung am 17.03.2015 zu thematisieren.

Des Weiteren erinnert Frau Schulze daran, dass in der heutigen Sitzung eine Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket gegen werden sollte.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, im TOP 2 „Informationen der Verwaltung“ darüber zu berichten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Frau Morgenroth die Niederschrift zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

#### **Abstimmung zur Tagesordnung:**

Frau Morgenroth informiert, dass der TOP 4 entfällt, da Frau Dr. Schröder nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

Sie stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung:

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

## zu 2 Informationen der Verwaltung

Frau Müller-Preinesberger gibt einen Überblick über die **Ausgaben im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes im Jahr 2013 und im Jahr 2014** (siehe Anlage).

Ein Bestandteil der Leistungen für Bildung und Teilhabe (sog. Bildungspaket) ist die Übernahme der Mehraufwendungen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung. Gesetzliche Grundlage hierfür sind die §§ 28 Abs. 6 SGB II und 34 Abs. 6 SGB XII. Diese Übernahme der Mehraufwendungen war für die Schülerinnen und Schüler die das Mittagessen in einer Einrichtung gem. § 22 VIII (Hort) einnehmen gem. § 77 Abs. 11 SGB II bzw. § 131 Abs. 4 SGB XII bis zum 31.12.2013 befristet.

Um eine Ungleichbehandlung dieser Kinder zu vermeiden werden die Mehraufwendungen für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Horten als freiwillige Leistung übernommen.

Hier entstanden weitere Ausgaben in Höhe von **65.829,00 €** für 266 Kinder.

Insgesamt wurden also Leistungen in Höhe von **1.004.090,00 €** für Bildung und Teilhabe ausgereicht.

Frau Basekow bittet um Information zum prozentualen Anteil der Kinder, die damit erreicht wurden.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, auch eine Aufschlüsselung nach Leistungsbereichen vorzunehmen sowie die Auswertung zu den Leistungskreisen und den prozentualen Anteil der erreichten Kinder.

Herr Otto fragt, ob hier auch Öffentlichkeitsarbeit erfolgt.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass bei Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes massiv Werbung betrieben wurde. Inzwischen erfolgt die Werbung innerhalb der Einrichtungen.

Anschließend informiert Frau Müller-Preinesberger über den **aktuellen Stand der Aufnahme von Flüchtlingen**. Sie teilt mit, dass nach aktuellem Stand für 2015 durch die Landeshauptstadt Potsdam 550 Flüchtlinge aufzunehmen sind, dazu kommen noch 56 Flüchtlinge, die noch für das Jahr 2014 aufzunehmen sind und die 20 Flüchtlinge, die 2014 durch die Stadt Frankfurt/Oder aufgenommen wurden.

Somit besteht ein Unterbringungsbedarf für 626 Flüchtlinge im Jahr 2015. Bisher wurden in diesem Jahr 135 Flüchtlinge aufgenommen. Der Wohnungsverbund in der Grotrianstraße 13 geht noch im Februar 2015 ans Netz.

Die Bedarfe für 2015 können voraussichtlich befriedigt werden. Es werden alle Anstrengungen unternommen, die Unterbringung der Menschen in Wohnungen voranzubringen.

Zum 03.03. 2015 werden 48 Plätze am Standort Lerchensteig freigemeldet.

Die durch die Bundesregierung für 2015 und 2016 angekündigten Mittel in Höhe von insgesamt 1 Mrd. Euro werden anteilig auf die Landkreise und Kreisfreien Städte umverteilt (unter Abzug einer Summe von 4 Mio. Euro, die für den weiteren notwendigen Ausbau von Erstaufnahmeeinrichtungen benötigt werden). Für die Landeshauptstadt Potsdam entspricht dies einer Summe von jeweils für 2015 und 2016 in Höhe von 675.000 Euro. Diese sind im Haushalt 2015/16 als Erträge zu finden.

Die Mittel für die Integration im Quartier sollen zukünftig transparenter verteilt werden. Insgesamt sind 150.000 Euro für Realisierung der Integration in die Nachbarschaft eingestellt. Dazu wird ein Konzept erarbeitet, das den Stadtverordneten vorgestellt werden soll.

Herr Mertens fragt nach den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Daraufhin erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass innerhalb von 4 Wochen noch in der Erstaufnahmestelle Hilfen zur Erziehung beantragt werden müssen, da ansonsten die Kosten auf die Kommunen entfallen.

Laut Aussage von Minister Baaske werden alle erkennbar Minderjährigen in Eichenhüttenstadt in die Einrichtung nach Fürstenwalde gehen. Dort wird der HZE-Bedarf geprüft und erst danach erfolgt die Verteilung.

Es gibt bereits drei Interessenbekundungen zur Errichtung einer Einrichtung zur Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

Frau Schulze weist darauf hin, dass die im Wohnungsverbund Haeckelstraße lebenden Flüchtlinge nach dem 31.12.2015 in anderen Einrichtungen oder Wohnungen untergebracht werden müssen. Sie fragt, ob es hier bereits eine Lösung gibt und ob dabei auch die Familien mit Kita- oder Schulkindern bedacht sind. Des Weiteren fragt sie, wann das Nachbarschaftskonzept vorgestellt werden kann. Sind die Haushaltsmittel mit einem entsprechenden Verwendungszweck unterlegt? Wie werden diese verwendet?

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Flüchtlinge möglichst in eigene Wohnungen ziehen sollen. Derzeit werden mit der ProPotsdam GmbH Gespräche geführt, dass möglicherweise nach der Sanierung wieder Wohnungen angemietet werden könnten.

Das Konzept soll dem GSI-Ausschuss am 17.03.2015 vorgestellt werden.

Die Bundesmittel sind als Ertrag eingestellt, da die Aufwendungen erheblich gestiegen sind, z.B. bei der Krankenhilfe. Die Mittel dienen zur Entlastung der Kommunen im Asylbereich.

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass im Haus 2 auf dem Campus der Stadtverwaltung ein **Raum** gefunden wurde, der nach Freizug dem **Behindertenbeirat zur Verfügung** gestellt werden kann. Am 18.02.2015 findet die Besichtigung durch den Behindertenbeirat statt.

Herr Jekel informiert, dass der **Bericht zur Wohnraumversorgung** zukünftig mehr Analysen enthalten soll. Er soll als Doppelausgabe 2013/2014 zeitnah vorgelegt werden. Auch das Wohnungspolitische Konzept wird derzeit erarbeitet.

Frau Schulze bittet "zeitnah" zu untersetzen.

Herr Jekel erklärt, dass der Bericht bis zur Sommerpause 2015 vorgelegt werden soll.

### zu 3 **Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium**

Frau Einbeck und Herr Puschmann sind entschuldigt. Somit entfallen die Berichte des Behindertenbeirates und des Seniorenbeirates.

Frau Gelfand teilt mit, dass der Migrantenbeirat erst am 26.02.2015 tagt.

Frau Schulze spricht die Integrationskonferenz vom 16.02.2015 an und bedankt sich im Namen des GSI-Ausschusses beim Migrantenbeirat und bei Frau Grasnack für die hervorragende Vorbereitung und Durchführung der Integrationskonferenz.

Frau Morgenroth informiert, dass die nächste Sitzung des Inklusionsgremiums am 14.04.2015 stattfindet.

**zu 4      Vorstellung der Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Potsdam Frau Dr. Ramona Schröder**

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

**zu 5      Bericht über die Arbeit des Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam  
Rückblick - Ausblick**

Frau Schollbach (Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Entwicklung des Arbeitsmarktes vor und gibt einen Überblick über die Mittelzuteilungen 2013, 2014 und 2015.

Herr Dr. Kwapis fragt, ob es eine Verlaufsanalyse derer gibt, die komplett aus dem Leistungsbezug heraus sind.

Frau Schollbach erklärt, dass dies festgestellt und aufgelistet wird. Auf Nachfrage von Frau Schulze erklärt sie, dass dies im Einzelfall auch ein Wegzug sein kann. Derzeit erfolgt die Einführung des Software-Programms ALLEGRO. Da bedeutet, dass alle Datensätze derzeit in das neue Programm überführt werden. Die nahtlose Leistungsgewährung wird dabei sichergestellt. Die Umstellung soll bis Juni 2015 abgeschlossen sein.

Sie weist darauf hin, dass die Zahl der Sanktionen gesunken ist. Es gibt auch einen Rückgang bei der Zahl der Widersprüche und Klageeingänge.

Anschließend verweist Frau Schollbach auf die neuen Zuständigkeiten im SGB II ab dem 01.03.2015 durch die Änderung im Asylbewerberleistungsgesetz.

Frau Müller-Preinesberger fragt nach Möglichkeit, die Langzeitbezieher besser abzubilden. Gibt es hier eine Differenzierung z.B. zur Zahl der Teilzeitbeschäftigten?

Frau Schollbach erklärt, dass es hier keine statistische Erfassung gibt. Elternzeit kann heraus gefiltert werden. Bei Teilzeitbeschäftigung ist dies nicht möglich.

Herr Dünn verweist auf das ESF-Programm und fragt nach, wie dieses genutzt wird.

Frau Schollbach erklärt, dass die Umsetzung der Maßnahmen bereits durch die Initiative zur Arbeitsmarktintegration Langzeitbeziehender (IAL) erfolgt.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass es die Initiative zur Arbeitsmarktintegration Langzeitbeziehender vor dem ESF-Programm gab, hier aber die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Sie fragt, ob jetzt mit der Umsetzung von IAL darauf verzichtet wird.

Frau Schollbach erklärt, dass die Abwägung der Vor- und Nachteile ergeben hat, dass die Nachteile bei der Umsetzung des ESF-Programms überwiegen. Es gibt große Probleme, die Projekte tatsächlich zu befüllen. Der Aufwand ist größer als der Erfolg. Des Weiteren gibt es starre Vorgaben. Somit ist die individuelle Arbeit mit dem Kunden nicht möglich. Lediglich 500 Kunden würden statistisch die Voraussetzungen erfüllen.

Mehrere Mitglieder des Ausschusses äußern ihren Unmut über die Entscheidung der Geschäftsführung des Jobcenters, dass die Programme nicht vom Jobcenter genutzt werden.

Auf Nachfrage von Frau Basekow zu den Sanktionen, erklärt Frau Schollbach, dass es sich hier auch um Mehrfachsanktionen handelt, die u.a. aufgrund nicht eingehaltener Termine erfolgt sind.

Frau Schulze weist darauf hin, dass aus allen Optionskommunen und einigen gemeinsamen Einrichtungen das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm online nachlesbar ist, nicht für Potsdam. Sie bittet, dies nach Beschluss durch die Trägerversammlung online lesbar zu machen.

Frau Schollbach erklärt, dass dies auch in Potsdam grundsätzlich veröffentlicht wird. Die Abstimmung in der Trägerversammlung ist verspätet erfolgt. Die Veröffentlichung dementsprechend auch.

Herr Dr. Kwapis fragt, welche Rolle die Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen spielt.

Frau Schollbach erklärt, dass die Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen eine sehr große Rolle spielt, z.B. mit Randstad, aber auch die Zusammenarbeit mit Callcentern spielt eine große Rolle. Ziel ist die bedarfsdeckende Integration der Menschen.

Herr Otto bittet im Protokoll aufzuzeigen, wo das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm online zu finden ist.  
Er fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, die Menschen insgesamt 6 Monate nach Ende des Leistungsbezuges zu betreuen, statt die Nachbetreuung nur 3 Monate durchzuführen.

Frau Schollbach erklärt, dass eine längere Betreuungszeit nicht möglich ist.

Frau Gelfand weist darauf hin, dass Migranten oft Sprachprobleme haben und fragt, ob hier auch sanktioniert wird, wenn Termine verpasst werden.

Frau Schollbach betont dass die Sanktionen gesetzlich vorgeschrieben sind.

Herr Marquardt schlägt vor, in vielen verschiedenen Sprachen den Hinweis zu geben, dass Dolmetscher in Anspruch genommen werden können.

Frau Schollbach erklärt, dass dies nicht möglich ist.

Frau Basekow fragt, wie lange die Frist zwischen Postversand und Termin ist.

Frau Schollbach erklärt, dass der Postweg mit drei Tagen eingerechnet ist. Überwiegend wird eine bis drei Wochen Zeit gegeben.

Frau Schulze weist darauf hin, dass Menschen sanktioniert wurden, weil sie Termin nicht wahrnehmen konnten, da die Post erst verspätet eingegangen ist. Sie bittet, mindestens eine Frist von 14 Tagen zu geben.

Frau Schollbach betont, dass nicht sanktioniert wird, wenn nachgewiesen werden kann, dass die Post verspätet eingegangen ist. Vor jeder Sanktion gibt es eine Anhörung.

**zu 6 Bericht über die Arbeit der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Potsdam  
Rückblick - Ausblick**

Herr Dübner (Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung) weist darauf hin, dass die Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung eine freiwillige Leistung der Landeshauptstadt Potsdam ist und ergänzend zum Jobcenter und zur Arbeitsagentur arbeitet.

Frau Schulze stellt fest, dass einige der Antragstellungen eine Kofinanzierung erfordern. Sie fragt, ob diese Mittel im Haushalt bereitgestellt sind. Des Weiteren fragt sie, für welches dieser Projekte die 10 zusätzlichen Stellen (Integrationsbegleiter) benötigt werden.

Herr Dübner weist darauf hin, dass es schwierig ist, im Jahr 2014 bereits für die Jahre 2015 und 2016 zu planen. In die Änderungslisten zum Haushaltsplan 2015/2016 wurden die ersten fünf Programme eingearbeitet. Das Jobcenter ist in allen Projekten Kooperationspartner. Er macht darauf aufmerksam, dass Aufwand und Ertrag haushaltsneutral erhöht wurden.

Herr Otto fragt, ob es auch Zusammenarbeit mit kommunalen Unternehmen gibt.

Daraufhin erklärt Herr Dübner, dass die Klinikum Ernst von Bergmann GmbH als Kooperationspartner gewonnen wurde. Auch mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten laufen diesbezüglich Gespräche.

Frau Schulze fragt, ob die Projekte daran gebunden sind, dass sich Kommunen bewerben.

Herr Dübner erklärt, dass dies unterschiedlich ist.

Frau Schulze, bittet dies zu ergänzen und als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Herr Dübner sagt dies zu.

**zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 7.1 Bedarfsanalyse für studentisches Wohnen**

**Vorlage: 15/SVV/0044**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler bringt den Antrag ein und verweist dabei auf eine Mitteilungsvorlage aus dem Jahr 2013.

Sie bringt folgenden **Änderungsantrag** ein:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis September 2015 eine Bedarfsanalyse für studentisches Wohnen gemeinsam mit dem Land Brandenburg, dem Studentenwerk Potsdam sowie den Studierendenausschüssen der Potsdamer Hochschulen zu erarbeiten.*

*Die Bedarfsanalyse soll in die Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes einfließen.*

Herr Jekel erklärt, dass sich die Aussagen der Mitteilungsvorlage nicht grundlegend geändert haben. Es liegen bereits viele Daten vor, weshalb eine neue Analyse nicht benötigt wird. Die Aussagen sollten in das Wohnungspolitische Konzept einfließen.

Frau Schulze fragt, ob der Antrag heute noch empfohlen werden muss. Aus ihrer Sicht hätte Antrag hätte sich der Antrag erledigt.

Herr Jekel betont, dass die Forderungen mit dem Wohnungspolitischen Konzept abgedeckt werden. Die angesprochene Zielgruppe ist mit im Blick.

Frau Eifler erklärt den Antrag für erledigt, wenn das Anliegen durch das Wohnungspolitische Konzept abgedeckt wird. Zum Thema Wohnheimplätzen wird sich die Fraktion verständigen und ggf. einen gesonderten Antrag einbringen. Sie kündigt an, dass nach Rücksprache mit der Fraktion der Antrag für erledigt erklärt wird.

## **zu 8            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 8.1        Grundstücksverkäufe für Geschosswohnungsbau an Investoren**

**Vorlage: 15/SVV/0080**

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Rettig bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese. Er weist dabei auf die Rahmenbedingungen und Grenzen hin.

Frau Schulze fragt, wann mit dem Ergebnis der Prüfung der Kommunalaufsicht gerechnet werden kann.

Herr Rettig erklärt, dass die Diskussion in den Fachausschüssen abgewartet werden sollte. Sofort nach der Stadtverordnetenversammlung am 04.03.2015 wird der Vorgang an die Kommunalaufsicht gegeben. Eine Vorabstimmung mit der Kommunalaufsicht ist bereits erfolgt. Die Mitteilungsvorlage wurde zur fachlichen Beratung in die Ausschüsse „Gesundheit, Soziales und Inklusion“ und „Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr“ überwiesen. Diese Beratungen müssen abgewartet werden.

Frau Basekow fragt, ob dies die Ausbeute dazu ist, dass eine bestimmte Prozentzahl von Neubaugeschosswohnungen für den sozialen Wohnungsbau gebaut werden kann.

Herr Jekel ergänzt, dass dies nur in Bezug auf städtische Liegenschaften gilt.

Herr Rettig erklärt, dass die dafür in Frage kommende Zahl der Grundstücke sehr gering ist.

Frau Morgenroth regt an zu prüfen, wie die ProPotsdam GmbH hier eingebunden werden kann.

Herr Jekel erklärt, dass parallel geprüft wird, wie die Bindung bei städtebaulichen Projekten erfolgen kann.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 9      Sonstiges**

Frau Eisenblätter reicht an die Ausschussmitglieder den Flyer des Drehmoment Potsdam e.V. aus.

Frau Morgenroth schlägt vor, in der Märzsession als Schwerpunktthema das Thema Asyl zu behandeln. Sie bittet die Ausschussmitglieder, Themenvorschläge an Frau Spyra zu schicken.

Frau Schulze regt an, die Ausschusssitzung in einer Gemeinschaftsunterkunft durchzuführen. Frau Morgenroth ergänzt., dass Sie bereits mit dem Wohnungsverbund Staudenhof Kontakt aufgenommen hat und noch auf eine Antwort wartet.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im März 2015 noch keine Aussagen getroffen werden können.

Frau Morgenroth wird daher für die April-Sitzung nach geeigneten Räumen für eine Sitzung mit dem Schwerpunkt Asyl suchen.

**Nächster GSI-Ausschuss: 17. März 2015, 18:00 Uhr**

**Birgit Morgenroth  
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**

## Anlage zum TOP 2 „Informationen der Verwaltung“

### Ausgaben im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes im Jahr 2013

Leistungsart	Anzahl Bewilligungen	Ausgaben
Klassenfahrten und eintägige Ausflüge	1.547	172.996,00 €
Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung	1.881	355.971,00 €
Lernförderungen	23	24.307,00 €
Schülerbeförderung	55	17.742,00 €
Kulturelle Teilhabe	708	81.039,00 €
Schulbedarf	867	48.620,00 €
Schulbedarf Auszahlung über JCP		188.423,00 €
	<b>Gesamt</b>	<b>889.098,00 €</b>

### Ausgaben Bildungs- und Teilhabepaket im Jahr 2014

Leistungsart	Anzahl Bewilligungen	Ausgaben
Klassenfahrten und eintägige Ausflüge	1.549	194.887,00 €
Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung	2.036	363.512,00 €
Lernförderungen	50	35.761,00 €
Schülerbeförderung	69	20.814,00 €
Kulturelle Teilhabe	712	78.659,00 €
Schulbedarf	917	44.170,00 €
Schulbedarf Auszahlung über JCP		200.458,00 €
	<b>Gesamt</b>	<b>938.261,00 €</b>



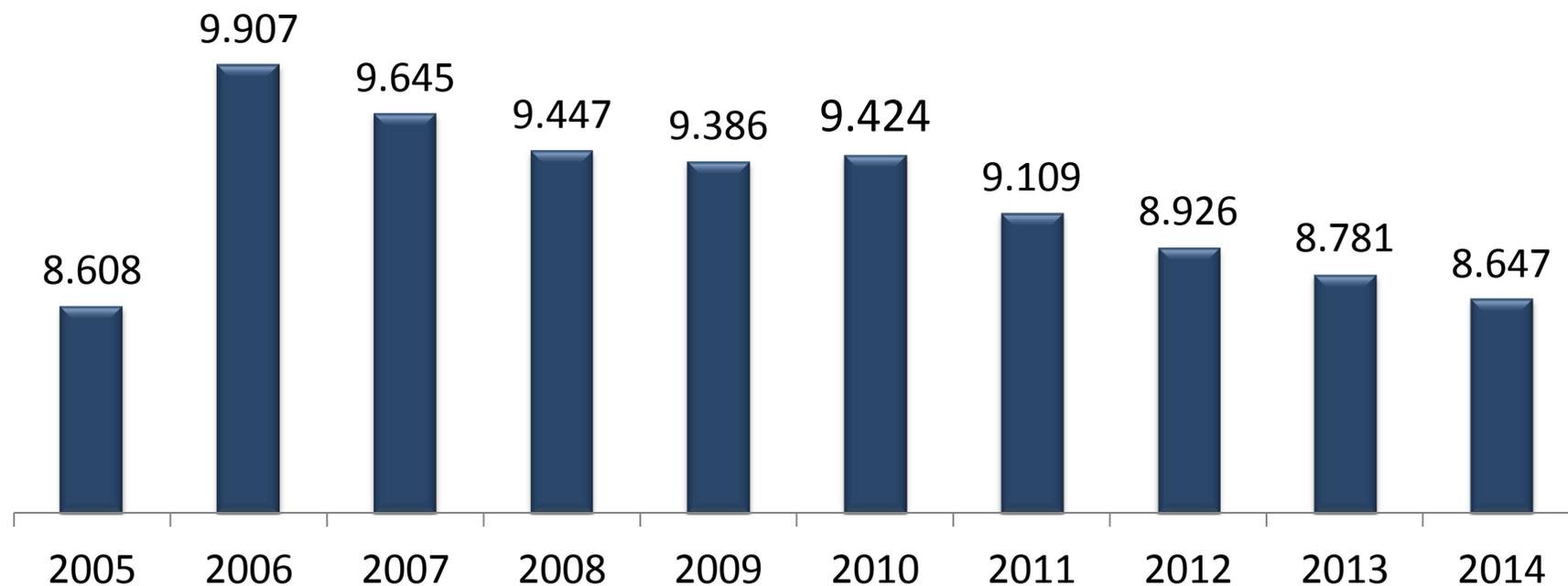
# Vortrag Sozialausschuss

Nadin Schollbach, stellvertretende Geschäftsführerin

- Entwicklung des Arbeitsmarktes
- Haushalt
- Operative Umsetzung
  - Initiative zur **A**rbeitsmarktintegration  
**L**angzeitbeziehender
- Sonstiges
- Ausblick

# ➤ Entwicklung des Arbeitsmarktes

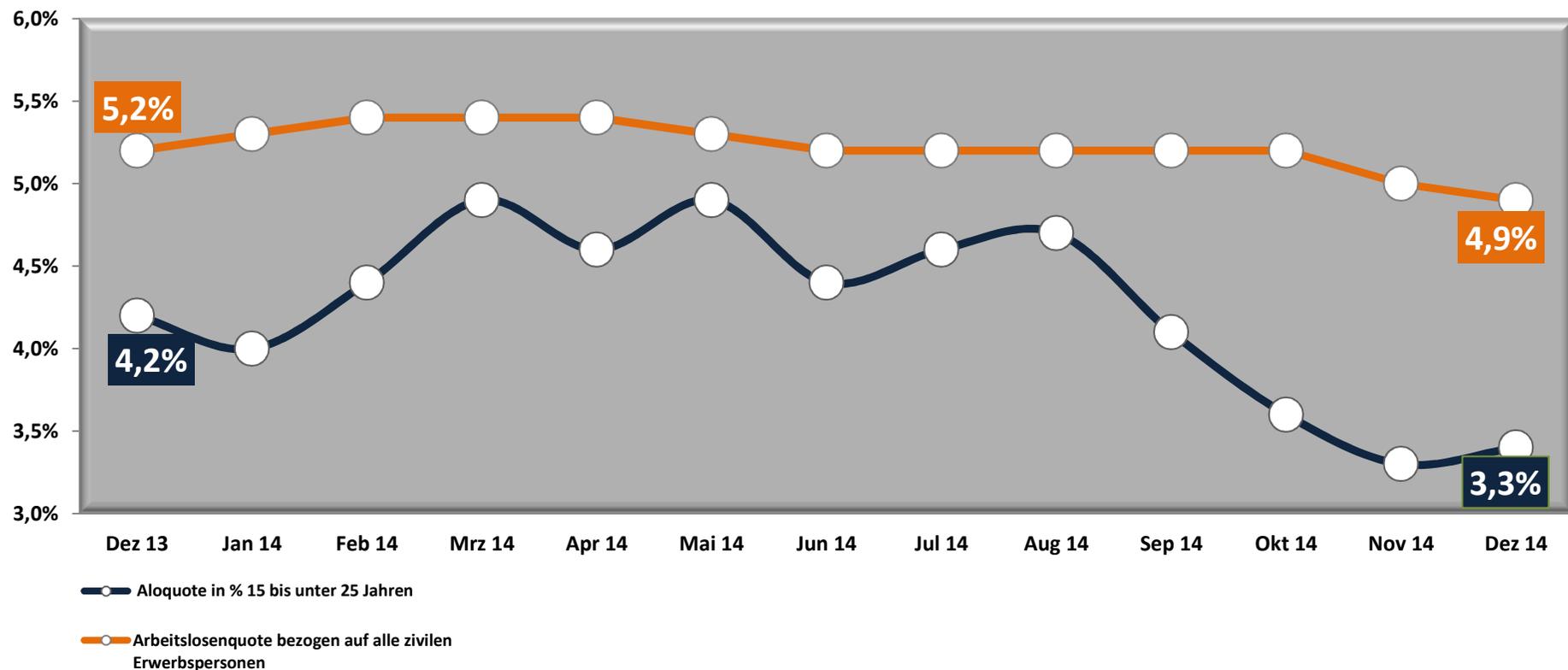
Anzahl der Ø Bedarfsgemeinschaften ab 2005 endgültige Werte  
(November 14 bis Dezember 14 Hochrechnung)



# ➤ Entwicklung des Arbeitsmarktes

## Entwicklung der Arbeitslosenquote im Bereich SGB II

- Senkung der Arbeitslosenquote insgesamt zum Vorjahresmonat Dezember um **0,3%**
- Senkung der Arbeitslosenquote U25 zum Vorjahresmonat Dezember um **0,9%**

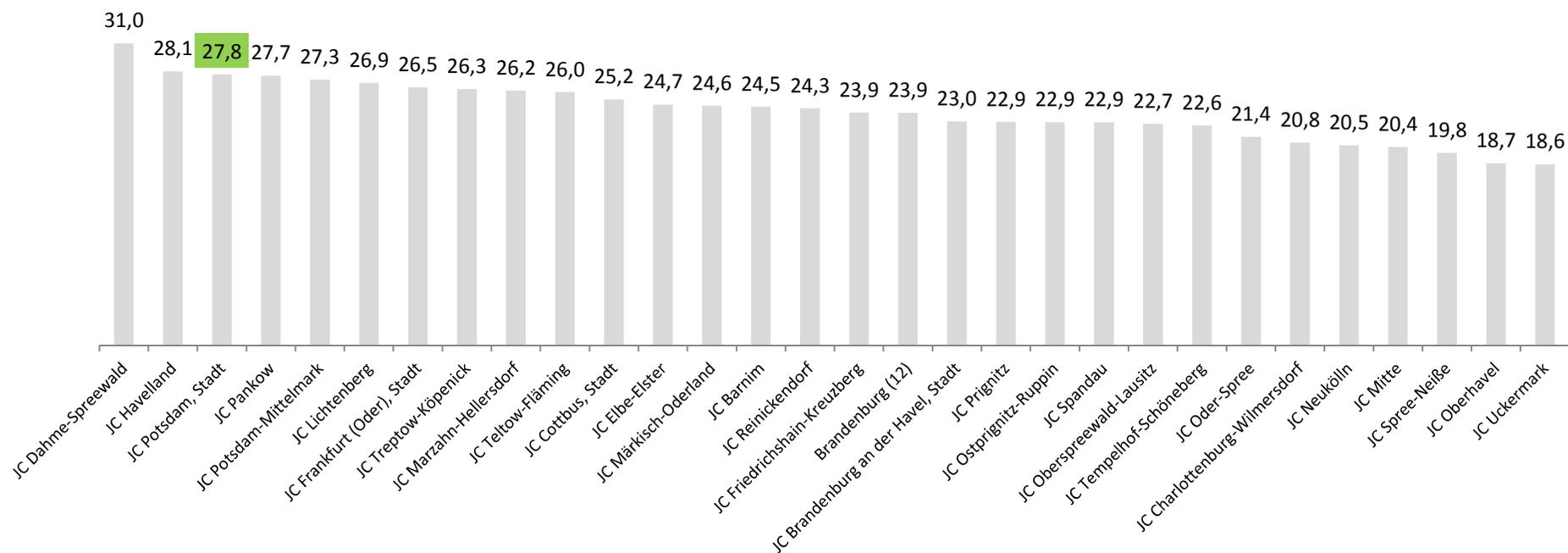


Quelle: AMR Dez14

# ➤ Entwicklung des Arbeitsmarktes

## Integrationsquote

Potsdam erreichte weiterhin die dritthöchste Integrationsquote in Berlin und Brandenburg.



Quelle: Kennziffern nach § 48a SGBII,  
September 2014 (Datenstand: Dezember  
2014)

## ➤ Entwicklung des Arbeitsmarktes

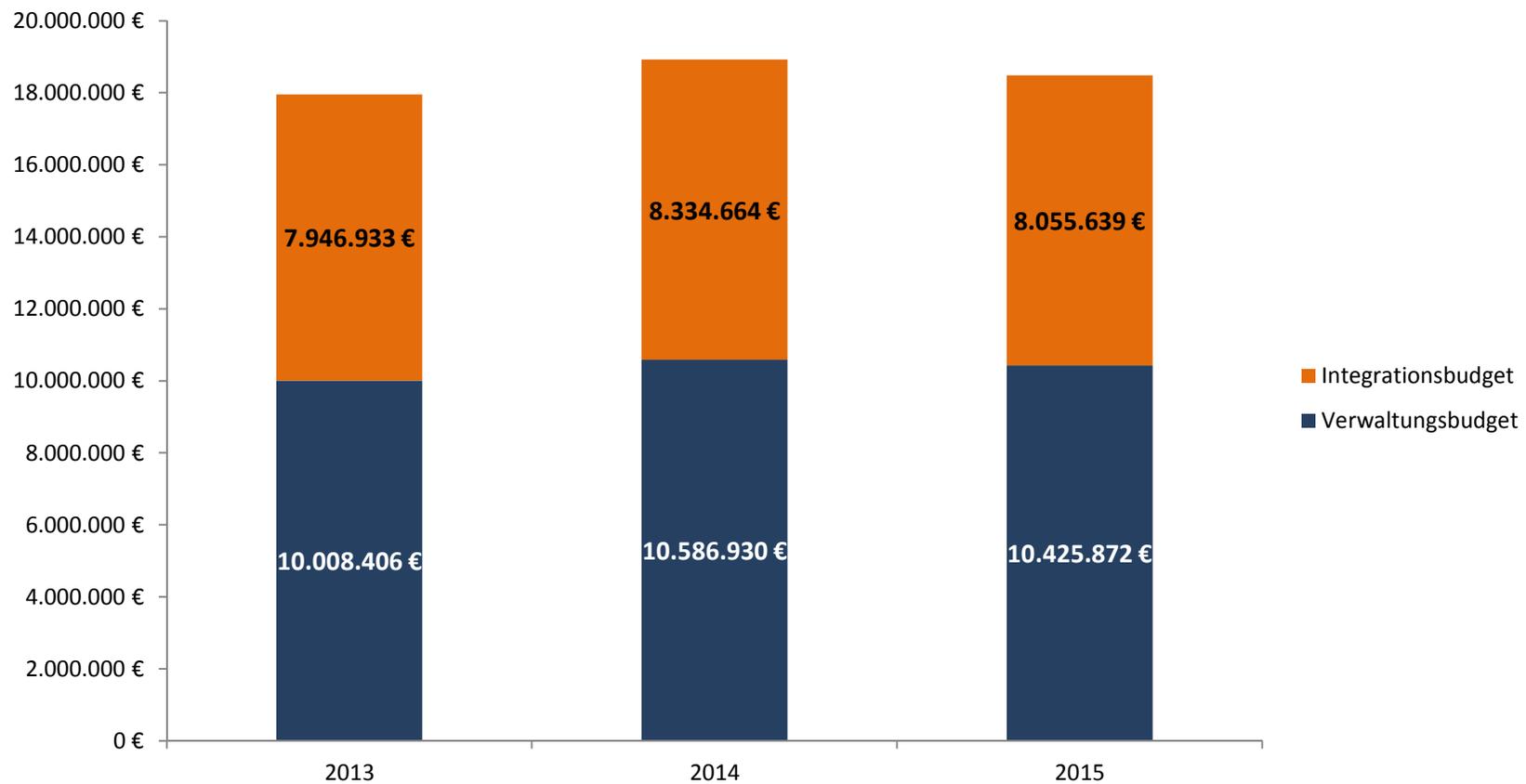
### Ziele 2014

- Verbesserung Integrationsquote (+/- 0,0 %)
- Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug (-1,0%)



# ➤ Haushalt

## Mittelzuteilung 2013 - 2014 - 2015

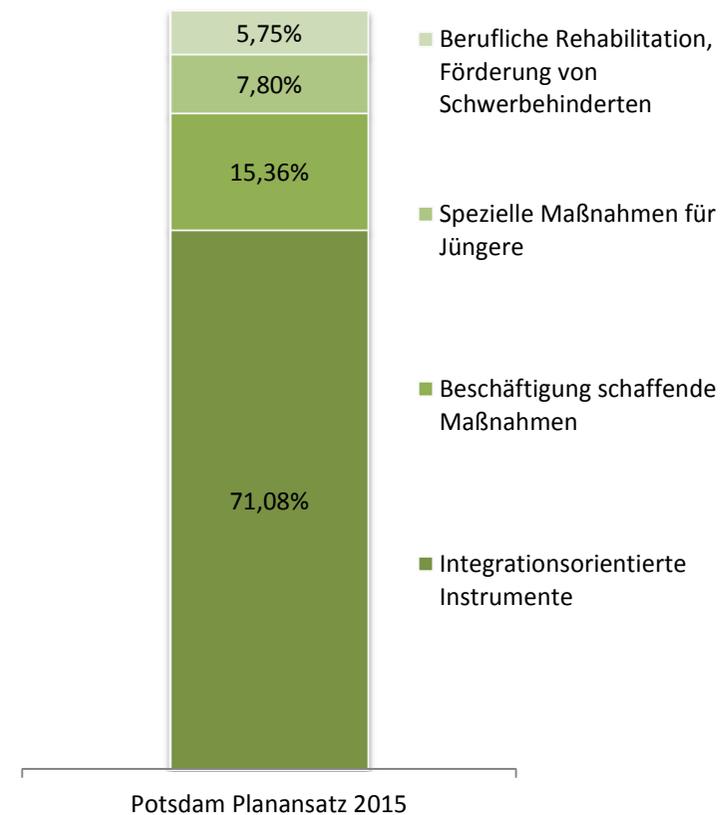
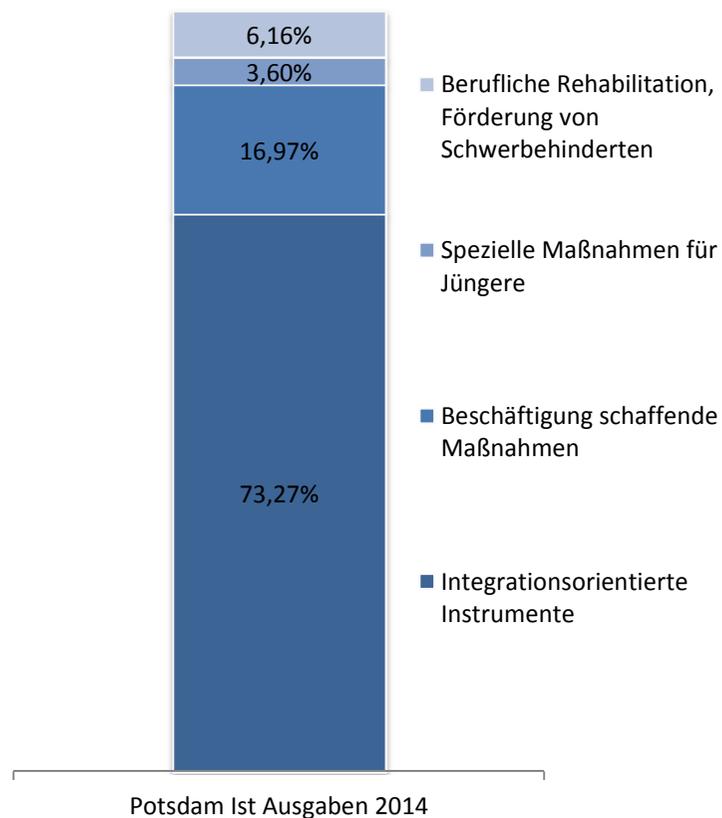


# ➤ Haushalt

## Verteilung der Eingliederungstitel nach Förderinstrumenten

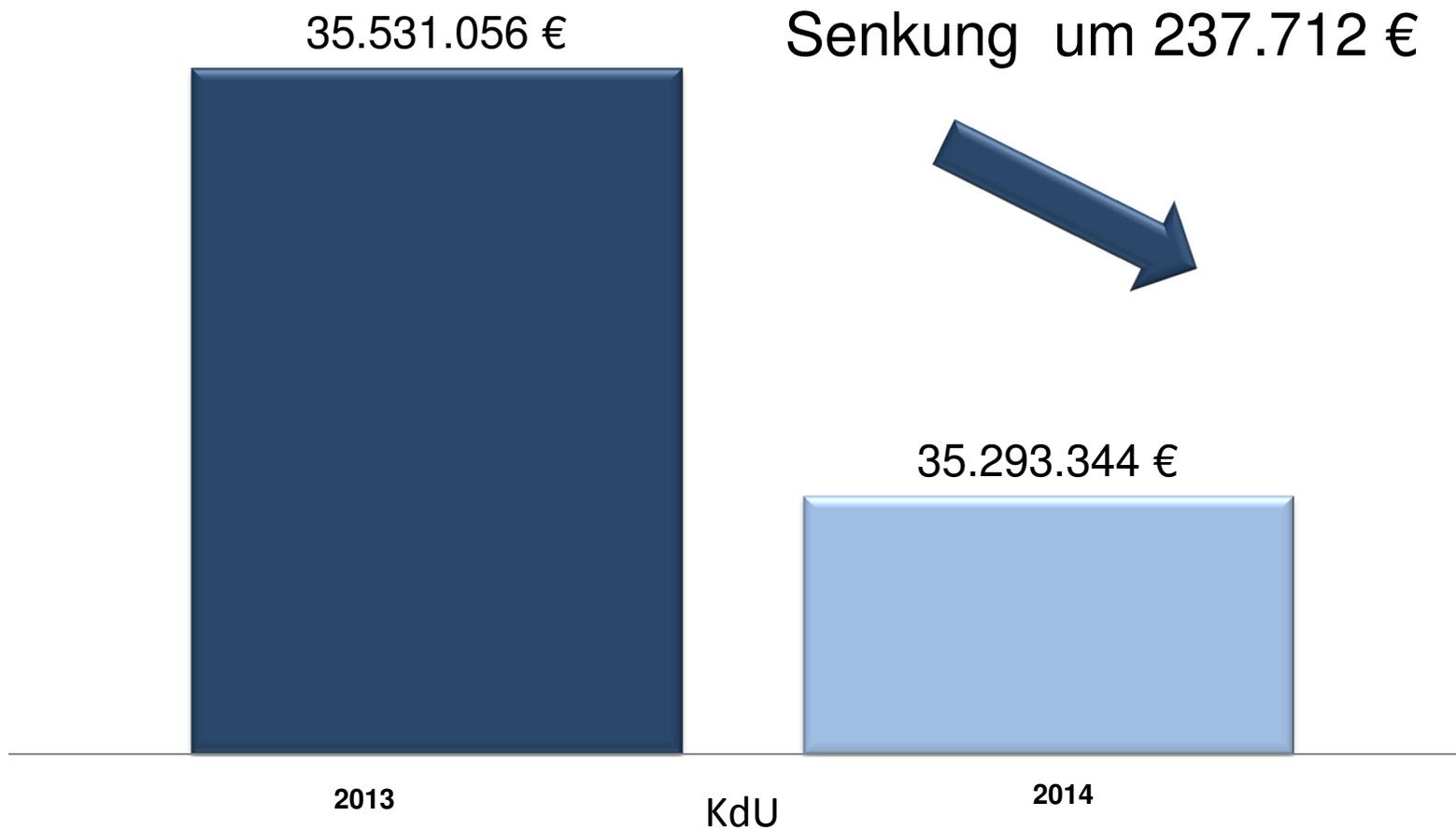
Zuteilung: 8.334.664 €

Zuteilung: 8.055.639 €



## ➤ Haushalt

### Kosten der Unterkunft



## ➤ Operative Umsetzung - IAL

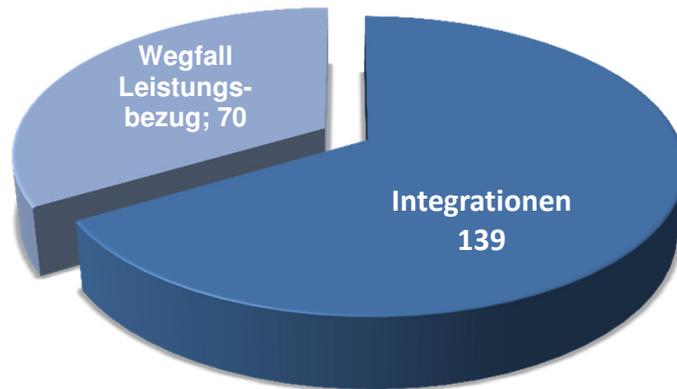
Initiative zur **A**rbeitsmarktintegration von **L**angzeitbeziehenden

➔ Ziel: Senkung der LZB bis 30.06.2015 um 210 im JLP

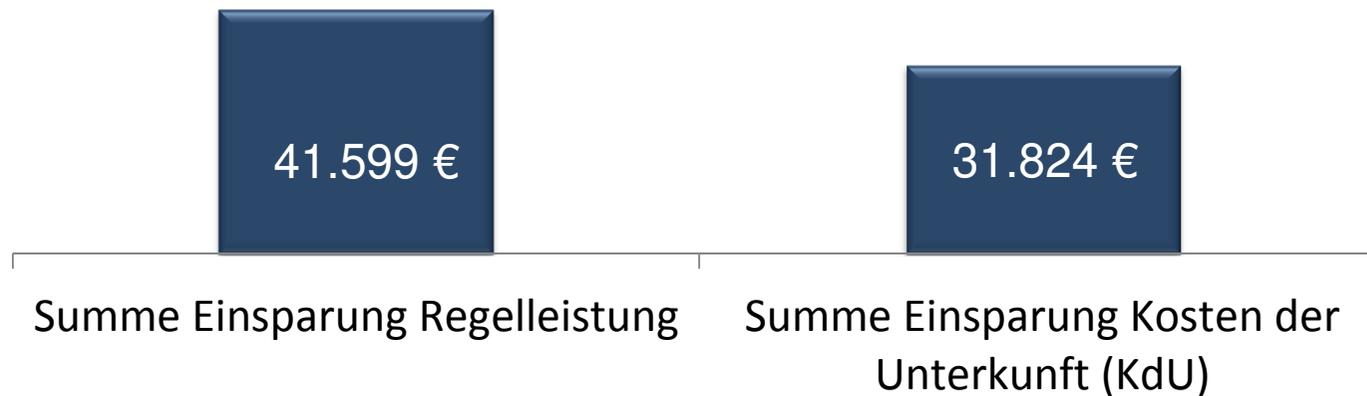
- Gründung eines IAL-Teams, in welchem ständig 800 Kunden betreut werden
- Fallschlüssel 1:80, intensiver Kundenkontakt
- Ressourcenorientierte Hilfeplanung durch geringeren Betreuungsschlüssel
- auf Fallkonferenzen basierendes abgestimmtes Unterstützungsangebot
- aufsuchende Kontakte in Maßnahmen des JLP und bei Arbeitgebern
- dreimonatige Nachbetreuung bei Integration

## ➤ Operative Umsetzung – IAL

### Bisherige Erfolge

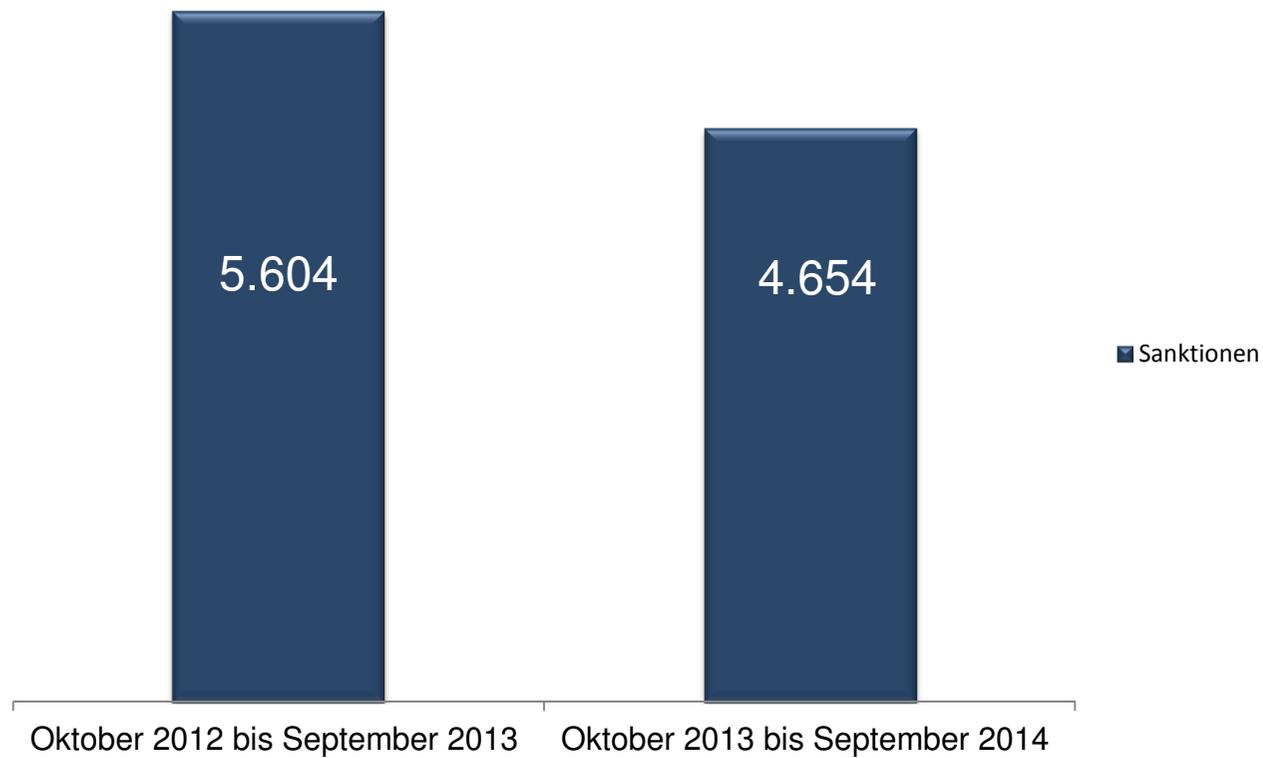


- Seit September 2014 wurden 882 Bedarfsgemeinschaften betreut.
- Eine Fortführung des Ansatzes bis 30.06. 2016 ist geplant.



## ➤ Sonstiges

### Anzahl von Sanktionen



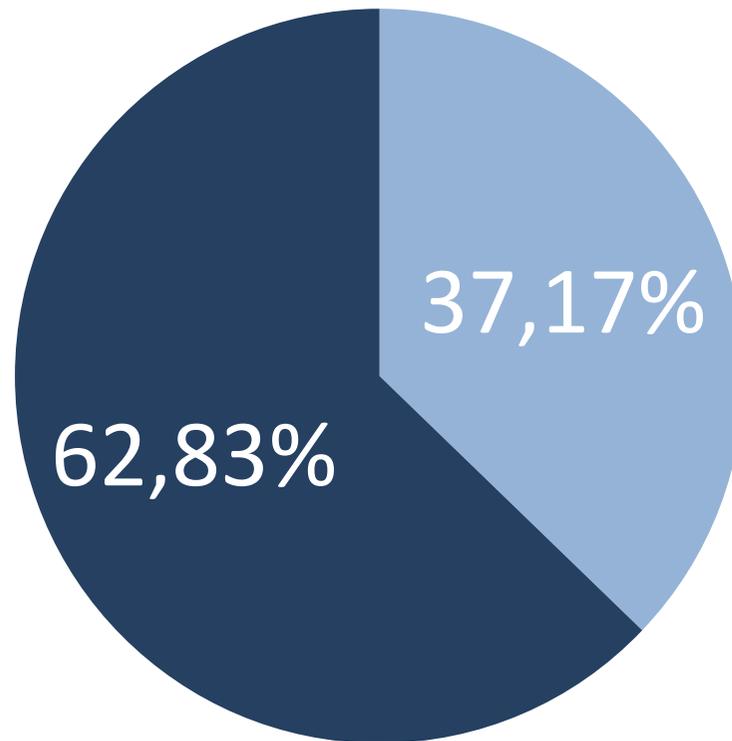
## ➤ Sonstiges

### Kundenzufriedenheit in den Jobcenter

	1. Halbjahr	2. Halbjahr
	Kundenzufriedenheitsindex (KZI) Note	Kundenzufriedenheitsindex (KZI) Note
JC Potsdam, Stadt	2,53	2,50
JC Brandenburg an der Havel, Stadt	2,54	2,54
JC Teltow-Fläming	2,54	2,48

## ➤ Sonstiges

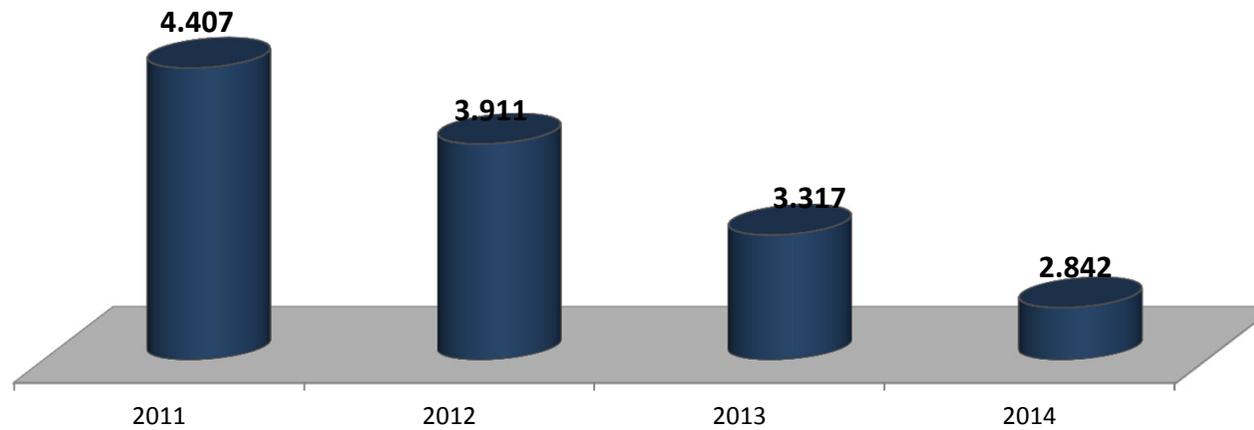
### Einführung ALLEGRO



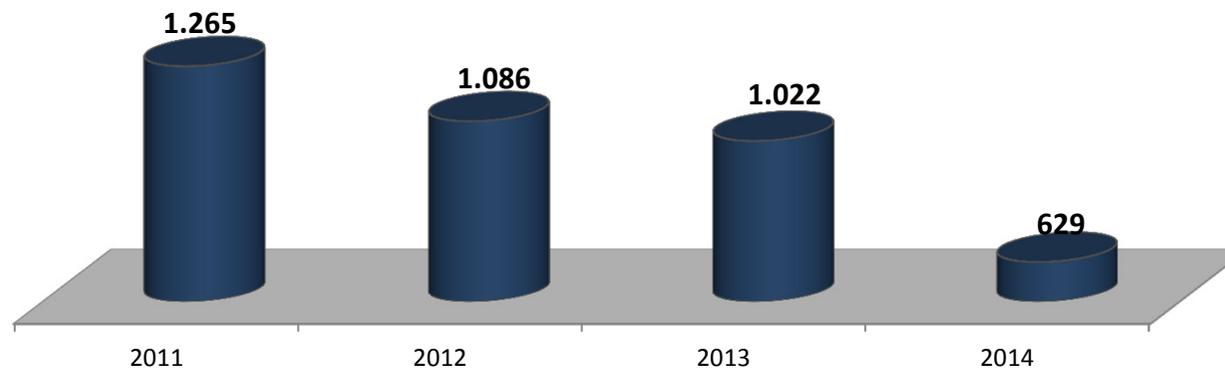
- Anteil noch zu überführenden Fälle in ALLEGRO
- Anteil der bereits überführten Fälle in ALLEGRO ( 5.KW 2015)

## ➤ Sonstiges

### Rückgang der Widerspruchseingänge



### Rückgang der Klageeingänge



## ➤ Ausblick

- neue Zuständigkeit im SGB II ab dem 01.03.2015 durch Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes
  - § 25 Abs. 4a Aufenthaltsgesetz (Opferzeugen von Menschenhandel),
  - § 25 Abs. 4 b Aufenthaltsgesetz (Opferzeugen von Arbeitsausbeutung),
  - § 25 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz, wenn die Abschiebung mindestens 18 Monate ausgesetzt ist (vollziehbar Ausreisepflichtige bei Unmöglichkeit der Ausreise)
  
- weiterhin im SGB II
  - Kontingentflüchtlinge (Flüchtlinge, die in festgelegten Anzahlen (*Kontingente*) gleichmäßig auf die einzelnen [Bundesländer](#) verteilt werden)



**Sicherstellung nahtloser Leistungsgewährung  
durch enge Zusammenarbeit mit der Stadt**

## ➤ Ausblick

# Einführung der eAkte (elektronische Akte)

- Mit der Einführung der eAkte wird die Auskunftsfähigkeit der BA gegenüber ihren Kunden erheblich gesteigert und dient ferner als Basisdienst für die Optimierung der Verwaltungsprozesse.
- Der neue Basisdienst eAkte bereitet den Weg für das papierlose Büro und wird wie folgt eingeführt:
  - 2013/2014 Entwicklungsphase
  - 2015/2016 Pilot/Entscheidung
  - 2016 ab Herbst Vorbereitung des Flächenrollouts
  - 2016/2017 Flächenrollout und Betrieb bei positiver Entscheidung

## ➤ Ausblick

- Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit – gegenüber der Quote 2014
+ 3,0 %
  
- Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug
- 3,5 %
  
- Vermeidung von langzeitiger Arbeitslosigkeit
- 5,0 %

*Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!*



# **Bericht über die Arbeit der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung**

-

## **Rückblick/ Ausblick**

### Integrationsbegleitung von Langzeitarbeitslosen (01.12.2012 – 31.03.2015)

- ✓ Landesrichtlinie, Förderung von vier Integrationsbegleitenden
- ✓ 6 Monate in der individuellen Begleitung durch die Fachstelle, inkl. Qualifizierung
- ✓ Vermittlung in sv-pflichtige Beschäftigung (Vorgabe 15%), Begleitung beim Arbeitgeber
- ✓ 428 Teilnehmende
- ✓ 150 Vermittlungen in sv-pflichtige Beschäftigung (ca. 35%), zzgl. 15x Minijobs
- ✓ 43 Kündigungen/ ausgelaufene Verträge

=> Fortführung des Projektes landesseitig geplant – Richtlinie bereits veröffentlicht

### Bürgerarbeit (16.04.2012 – 31.12.2014)

- ✓ Anstellung von Langzeitarbeitslosen, mit Hilfe eines Bundeszuschusses und einem kommunalen Eigenanteil
- ✓ ca. 78% der Teilnehmenden (38 von 49) über 50 Jahre alt
- ✓ durchschnittlich am 1. Arbeitsmarkt nicht tätig: 10 Jahre
- ✓ geringe Fluktuation – nur 4 Kündigungen
- ✓ 10 Vermittlungen in sv-pflichtige Beschäftigung
- ✓ zusätzliche Vorhaben konnten realisiert werden
- ✓ 42 Teilnehmende während der Umsetzung aus dem Leistungsbezug raus
- ✓ eingesparte Kosten der Unterkunft liegen bei 250€/Monat/Teilnehmenden, abzgl. Bundeserstattung i.H.v. 30,4% sind dies 174,00 €
- ✓ freie Mittel aus Beschluss 12/SVV/0009 i.H.v. ca. 692.558,62 €

=> Kritik: Kriterien des öffentlichen Interesses und der Zusätzlichkeit = Barriere

### Kommunale Initiative Arbeit Potsdam (01.06.2014 bis 31.08.2016)

- ✓ Gemeinsames Projekt der Landeshauptstadt Potsdam und des Jobcenter
- ✓ Finanzierung der Lohnkosten:
  - Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam (bis zu 75%/TN/Monat)
  - Landesförderung „Arbeit für Brandenburg“ (für 10 Stellen: 250€/Monat/TN)
  - Stadtverwaltung Potsdam (Restbetrag)
- ✓ 14 Büroarbeitsplätze (Eingruppierung E3), 26 Stellen (Eingruppierung E2 Ü) im „grünen“ Bereich und in Schulen
- ✓ Voraussetzung der TN: Kunde/Kundin des Jobcenter, langzeitarbeitslos, Absolvierung der 6-monatigen Aktivierungsphase „FAV“
- ✓ Vorliegen eines einfachen bzw. erweiterten (Arbeit mit Kindern) Führungszeugnisses
- ✓ 1-Jahres-Vertrag mit Verlängerungsoption = Mitarbeiter der Stadtverwaltung Potsdam
- ✓ Möglichkeit der Bewerbung auf interne Stellen
- ✓ Möglichkeit der Teilnahme an internen Qualifizierungen
- ✓ sozialpädagogische Unterstützung

Kommunale Initiative Arbeit Potsdam (Einsatzstellen)

Büroeingangsstellen

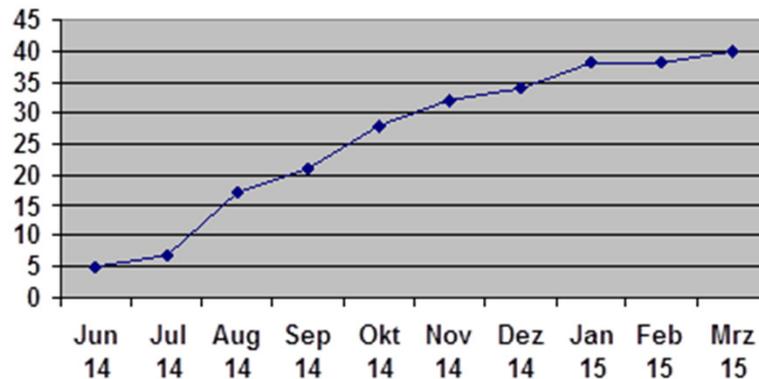
- ✓ Ausländerbehörde
- ✓ Bürgerservice
- ✓ Naturkundemuseum
- ✓ Bußgeldstelle
- ✓ Feuerwehr
- ✓ Ordnungsamt
- ✓ Jugendamt
- ✓ Denkmalschutzbehörde
- ✓ Fachstelle Arbeitsmarktpolitik
- ✓ Friedhofsverwaltung
- ✓ Stadterneuerung
- ✓ Stadt- und Landesbibliothek
- ✓ Seniorenbüro

Garten- und Schulhelfer

- ✓ Potsdam Museum (Freilandforschung)
- ✓ Feuerwehr
- ✓ Bereich Grünflächen (14)
- ✓ Bereich Friedhöfe (6)
- ✓ Musikschule
- ✓ Schulen (4)

## Kommunale Initiative Arbeit Potsdam (Zahlen)

### Einmündungen



- ✓ insgesamt 98 Bewerber
- ✓ Gründe für die verzögerte Einstellung:
  - Einträge im Führungszeugnis
  - vorab Anstellung LHP (TzBfG)
  - gesetzliche Regelungen (Aktivierungsphase)
  - persönliche Gründe der Bewerber

- ✓ Geschlecht: 37,8% weiblich  
62,2% männlich
- ✓ Altersstruktur: 25-34 Jahre: 2 TN, 35-44 Jahre: 6 TN  
45-54 Jahre: 15TN, 55-64 Jahre: 14TN
- ✓ letzte sv-pflichtige Beschäftigung: ø 10 Jahre (nicht berücksichtigt MiniJob, ABM, AGH, MAE und Praktikum)
- ✓ Krankenstand (Krankentage/Arbeitstage): 7,4% der Arbeitszeit

⇒ **Zielsetzung: Vermittlungsquote von ca. 20% (8 TN)**

## Perspektiven



Förderprogramm	Zuwendungsgeber	Laufzeit	Zielgruppe	Anzahl TN	Förder-summe	Status
JUGEND STÄRKEN im Quartier	BMFSFJ	01.04.2015 – 31.12.2018	Schulabbrecher, Jugendliche mit Migrationshintergrund	240	1,00 Mio. Euro	Interessenbekundung abgeschlossen Antragstellung
Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier	BMUB	01.04.2015 – 31.12.2018	Langzeitarbeitslose	450	2,0 Mio. Euro	Interessensbekundung läuft
Perspektive Wiedereinstieg	BMFSFJ	01.04.2015 – 31.12.2018	Wiedereinsteiger, Alleinerziehende, Beschäftigte mit Pflegeaufwand	400	1,40 Mio. Euro	Interessenbekundung läuft
Integration durch Austausch	BMAS	01.05.2015 – 31.12.2018	Jugendliche unter 35 (Auslandspraktikum)	136	1,30 Mio. Euro	Antragstellung abgeschlossen
Integration statt Ausgrenzung	BMAS	01.05.2015 – 31.12.2018	Jugendliche unter 35 (Begleitung und Vermittlung)	210	1,35 Mio. Euro	Antragstellung abgeschlossen
Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen	BMAS	01.07.2015 – 30.06.2019	Asylbewerber und Flüchtlinge (berufliche Perspektivbildung)	360	1,70 Mio. Euro	Antragstellung abgeschlossen

## Möglichkeiten



- ✓ Integrationsbegleitung von Langzeitarbeitslosen und Bedarfsgemeinschaften mit Kindern (antragsberechtigt: Institutionen öffentlichen und privaten Rechts)  
=> Vorbereitung der Antragstellung  
=> Partnerakquise
- ✓ Stadt-Umland-Wettbewerb (antragsberechtigt: Institutionen öffentlichen Rechts)  
=> Ideenentwicklung
- ✓ Soziale Innovationen (antragsberechtigt: noch unklar)
- ✓ Bildung integriert (antragsberechtigt: Institutionen öffentlichen Rechts)  
=> vorbereitende Gespräche mit Zuwendungsgeber
- ✓ transnationale Erfahrungsaustausche (antragsberechtigt: noch unklar)

## Fragen



Landeshauptstadt  
Potsdam

### Kontakt bei Anregungen/Fragen/Einbindung als Partner:

Landeshauptstadt Potsdam  
Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung  
Fabian Dübner  
Hegelallee 6-10, Haus 7

Tel.: 0331/ 289 1521

Mail.: [fabian.duebner@rathaus.potsdam.de](mailto:fabian.duebner@rathaus.potsdam.de)



Landeshauptstadt  
Potsdam

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**15/SVV/0187**

**Betreff:**  
**Medizinische Versorgung im ländlichen Raum Potsdams**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 14/SVV/0659**

Einreicher: FB Soziales und Gesundheit	Erstellungsdatum	25.02.2015
	Eingang 922:	26.02.2015

Beratungsfolge:	
Datum der Sitzung	Gremium
04.03.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:** Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Entsprechend des o.g. Beschlusses ist die Prüfung durch den Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung und das Klinikum Ernst von Bergmann erfolgt. Da die Regelungskompetenz für die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung auch in der Landeshauptstadt Potsdam bei der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB) liegt bzw. Umsetzungen durch den Zulassungsausschuss für Ärzte erfolgen, dessen Geschäfte ebenfalls bei der KVBB geführt werden, wurde diese in den Prüfprozess einbezogen.

Die Zulassungsverordnung für Ärzte (Ärzte-ZV) sowie die Bedarfsplanungs-Richtlinie (BPL-RL) bilden bundesweit die einheitlichen Vorgaben zur vertragsärztlichen Bedarfsplanung. Mittels arztgruppenspezifischer Arzt-Einwohner-Verhältniszahlen und aktueller Einwohner- und Arztlzahlen wird der Versorgungsgrad einer Planungsregion festgestellt. Bezogen auf die Landeshauptstadt Potsdam ist auf dieser Grundlage aktuell eine statistische Überversorgung in fast allen Arztgruppen zu konstatieren, ein zusätzlicher Bedarf ist nicht erkennbar.

Unter Beachtung der Bevölkerungsentwicklung vor allem im wachsenden Norden Potsdams und des gesetzlichen Auftrages zur Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung hat die KVBB bereits jetzt eine Vielzahl von Lösungsansätzen entwickelt, die zum Beispiel in Rundbriefen der KVBB oder aber auch in Niederlassungsberatungen kommuniziert werden.

Folgende Optionen sind durch die KVBB für die Zukunft denkbar:

1. Verlegung von bestehenden Arztpraxen in die Entwicklungsgebiete
2. Etablierung von Sprechstundenangeboten bspw. in sogenannten Zweigpraxen
3. Bei Nachbesetzung von Praxen in Beratungsgesprächen das Interesse auf neue Standorte lenken
4. Neuzulassung oder Anstellung von einem Hausarzt, allerdings erst bei weiterem Bevölkerungswachstum von mind. 6.000 Einwohnern und bspw. einem Kinderarzt bei einem Zuwachs von rund 13.850 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren bzw. einem Frauenarzt bei einem Bevölkerungswachstum von rund 4.800 weiblichen Einwohnern.

Unter Beachtung dieser Möglichkeiten wäre die Schaffung von interdisziplinär zu nutzenden Praxisräumen in Zusammenarbeit mit der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH z.B. auf dem Gelände Kramnitz denkbar.

Die Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH bietet an, hier steuernd zu unterstützen.

